

Die Bourgeoisie verhindert Landtagsauflösung

Am kommenden Dienstag stehen auf der Tagesordnung des Landtages die Auflösungsanträge der SPD und SED. Der Dresdner Anzeiger von heute morgen meldet dazu, daß im Prüfungsausschuß des Landtages die Auflösungsanträge abgelehnt wurden. Allerdings kommt diese Meldung nicht überraschend. Für die Arbeiter ist dieser Beschluß ein typischer Beweis für den Wert der vielgepriesenen Demokratie. Dieser Beschluß — gefaßt von den Deutschnationalen bis zur AEP — zeigt die Angst dieser Parteien vor den Reformen. Diese Angst ist so groß, daß die Arbeiter, die die Koalition gerade in letzter Zeit wieder durchgemacht, von den bürgerlichen Parteien gern in Kauf genommen werden. Die Arbeiterklasse wird durch verstärkte Klassenmobilisierung für die Forderungen der Arbeiter den Kampf nicht nur um Sturz der sächsischen, sondern darüber hinaus um den Sturz der sozialdemokratischen Reichsregierung führen.

erstatter herbeizuholen, diesen Vorstoß einstimmig und mit Freuden aufzugeben. Ein Kommentar zu dieser Freude und zu dieser Einstimmigkeit erübrigt sich.

Das Lohnabkommen für die sächsischen Gemeindearbeiter angenommen

Nachdem der Arbeitgeberverband sächsischer Gemeinden (Aur) vor einigen Tagen seine Zustimmung zu dem am 5. Februar vereinbarten Lohnabkommen gab, teilt jetzt auch der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband mit, daß er dem Lohnabkommen seine Zustimmung gebe. Das Verhandlungsergebnis war den sächsischen Gemeindearbeitern zur Abstimmung unterbreitet und man muß die Frage stellen, warum von Seiten der Organisation der Gemeinde- und Staatsarbeiter das Abstimmungsresultat der Öffentlichkeit nicht bekanntgegeben wird. Wir werden auf die gesamte Lohnbewegung noch in einem besonderen Artikel eingehen. Aber auch diese Lohnbewegung zeigt, daß in den Bewegungen, wo die Arbeiter den Reformisten die Führung überlassen, die Erfüllung ihrer Forderungen nicht erlangen werden. Die Lehren daraus zu ziehen, ist die Aufgabe der Gemeinde- und Staatsarbeiter, und sie haben dafür zu sorgen, daß die nächste Bewegung unter den Forderungen der Opposition durchgeführt wird.

Hufemann will das Bergarbeiter-Lohnabkommen nicht kündigen

Essen, 15. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Wie das Ruhrrecho zuverlässig erfährt, sollen die Gewerkschaftsführer das Lohnabkommen am 1. März um 1. April nicht kündigen. Die Stellung des bergbauindustriellen Arbeitgeberverbandes unter der Führung Hufemanns soll jedoch erst kurz vor dem Kündigungsstermin veröffentlicht werden, um die Arbeiter der Arbeiter im Betrieb zu isolieren. Wie das Ruhrrecho weiter erfährt, ist Hufemann zu dieser Stellungnahme direkt von der sozialdemokratischen Reichsregierung und den sozialdemokratischen Kabinettsmitgliedern beauftragt worden, eine Lohnbewegung der 300.000 Bergarbeiter als eine besonders schwere Belastung der gegenwärtigen Koalitionsverhandlungen betrachtet wird.

Denunzianten verraten Arbeiterwaffen

Zu großer Aufmachung verbreitet die bürgerliche Presse folgende Meldung aus Wien: Dem Bezirksgericht des 8. Wiener Bezirks wurde vor einigen Tagen angezeigt, daß sich in dem Gebäude der sozialdemokratischen Arbeiterzeitung große Waffensammlungen befänden. Das Bezirksgericht 5 veranlaßte auf Ersuchen von höherer Seite eine Hausdurchsuchung, bei der festgestellt wurde, daß sich im Gebäude der Arbeiterzeitung außer der Schriftleitung noch die Zentralen des republikanischen Schutzbundes und der Arbeiterkassenvereine befänden. Dem Arbeiterschützerverein war vor einiger Zeit vom Magistrat der Stadt Wien eine Lizenz erteilt worden. Scheinenscheinmaterial in den Handel zu bringen. Bei der Hausdurchsuchung wurden jedoch ausgeproben Kampfwaffen und größere Munitionsvorräte für diese Waffen gefunden. Wie verlautet, sollen auch Reichsingenieur im verletzten Zustand verhaftet worden sein. Eine Nachprüfung dieser Meldung war bisher noch nicht möglich.

Arabererschlächter Lawrence geht zu Macdonald

London, 15. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der politische Korrespondent des „Sunday Worker“ meldet seinem Blatt, daß Oberst Lawrence, der berühmteste Agenten- und Kriegerorganisator und auch bei dem kontroversiellsten Zustand in Afghanistan seine Hand im Spiele hatte, in die Arbeiterpartei einmündigen beabsichtigt. Er hat bereits in voriger Woche mit einigen Führern der Arbeiterpartei über diese seine Absicht verhandelt. Jedoch geht aus einem vor wenigen Tagen in dem offiziellen Organ der Labour Party veröffentlichten Bericht über Lawrence hervor, daß die Ablehnung Lawrence durch die Führer der Arbeiterpartei kein positives Ergebnis hatte. „Sunday Worker“ erzählt dazu ergänzend, daß Lawrence vorläufig in England bleibt und keinen Dienst bei der Krieger- und Arbeiterpartei leistet, bald aber eine Entlassung nehmend und gleichzeitig in die Arbeiterpartei eintritt. Ein hoher Funktionär der Labour Party erklärte dem Korrespondenten des „Sunday Worker“: „Nun, wenn Oberst Lawrence, der Hauptverfolger von Totenkopfgeschichten in die Arbeiterpartei eintritt, dann sehe ich nicht ein, warum wir nicht auch den Haupthelden der Spionagegeschichten ebenso gut aufnehmen sollen.“ Katholik, wenn Macdonald, das Haupt des Labour Party, den Vetter der hellenarmen spielen kann, warum soll nicht der Kolonialerschlächter Lawrence der militärische Sucher der fünfzig Regierungsparteien werden. Je mehr diese Partei „hochanständig“ wird, desto klarer wird den englischen Arbeitern werden, daß trotz aller „Tradition“ ihr Platz nur in der kommunistischen Partei ist.

Massenausschluß kommunistischer Abgeordneter aus dem sächsischen Provinziallandtag

Halle, 14. Februar. Die bürgerliche Teilung meldet: Der Landtag der Provinz Sachsen in Merseburg hat Donnerstagvormittag 14 Abgeordnete der kommunistischen Fraktion ausgeschlossen. Die Kommunisten hatten in der gestrigen Sitzung die Anhörung von Erwerbslosen durch den Landtag gefordert, was indessen vom Präsidenten nicht zugelassen worden war. Es kam infolgedessen zu Kundgebungen der Tribünenbesucher und der Kommunisten im Hause, die den Präsidenten veranlaßten, den Ausschluß der kommunistischen Fraktion mit Ausnahme von zwei Abgeordneten zu beantragen.

Kopferbrechen um den Koalitionsstörer

Berlin, 14. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Die sozialdemokratischen Minister, mit Hermann Müller an der Spitze, sind in arger Bedrängnis. Sie wissen nicht, wie sie die hilfserfindigen Steuerpläne, diese neue großzügige Massenausschneidung, nachdem das Zentrum aus der Koalition ausgeschieden ist und „Opposition“ macht, unter Dach und Fach bringen sollen. Das Zentrum hat sich bisher ausgesprochen, was es für eigentliche Absichten in Bezug auf die Etablierung hat. Dies veranlaßt den Vorwärts, in einer Notiz dazu Stellung zu nehmen, mit der Absicht, über die Haltung des Zentrums Klarheit zu schaffen. Dabei weist der Vorwärts daraufhin, daß sich das Zentrum als unentbehrlich betrachtet und gerade deshalb für seine Mitarbeit eine weitgehende Berücksichtigung seiner reaktionären Interessen verlangt. Die sozialdemokratischen Führer haben in den Koalitionsverhandlungen der letzten Wochen deutlich zu erkennen gegeben, daß sie bereit waren, alle sächlichen und persönlichen Wünsche der Zentrumsführer zu erfüllen, wozu sie auch weiterhin bereit sind.

Die „Opposition“ des Zentrums gegen die hilfserfindigen Steuerpläne liegt natürlich keineswegs in der Linie, unter Berücksichtigung der Interessen der christlichen Arbeiter neue Massenbelastungen zu verhindern, sondern gerade umgekehrt. Das Zentrum lehnt sich nach dieser Mitteilung des Vorwärts für die Erhöhung der Umsatzsteuer ein, die für die sozialdemokratischen Führer angeblich untragbar sei. Diese ganze „Opposition“ des Zentrums hat nur den Sinn, die Regierungsparteien und besonders die Deutsche Volkspartei müde zu machen, damit sie vor allen Forderungen des Zentrums kapitulieren.

Mit Freuden ...

Ministerialdirektor Dr. Erwin Bumke zum Reichsgerichtspräsidenten ernannt

Berlin, 14. Februar. (Telefon.) Der Reichsrat stimmte am Donnerstag dem Vorschlag der Reichsregierung zu, als Nachfolger des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons, der bekanntlich zum 1. April dieses Jahres seine Berufung in den Ruhestand erheben hat, den Ministerialdirektor im Reichsjustizministerium Dr. Erwin Bumke, zum Präsidenten des Reichsgerichts zu ernennen. Der Reichsausschuß hat, wie der Bericht-

der freigewerkschaftlichen Liste eine Betriebsversammlung der freigewerkschaftlichen Organisationen und eine Vorabstimmung im Betrieb durchzuführen. Durch diese Vorabstimmung wurde dann dem Betriebskollektiv gemäß entschieden, wieviel Kandidaten der Opposition und wieviel der Reformisten und in welcher Reihenfolge sie auf die freigewerkschaftliche Liste gesetzt wurden. Die Opposition verlangte in diesem Jahre nicht anders, als daß eine Betriebsversammlung stattfindet, in der sowohl zur außerordentlichen Lohnfrage als auch zur Entscheidung über die Betriebsratwahlen Stellung genommen werden soll. Ferner forderten sie getreu den Gepflogenheiten der vergangenen Jahre eine Vorabstimmung im Betrieb.

Teuber und Genossen und vor allem die Ortsverwaltung fürchten, daß die Opposition die Vorabstimmung in diesem Jahre eine größere Stärkung erfährt. Ja, um mehr „Ruhe und Frieden“ im Betriebsrat zu bekommen, ist nach Meinung dieser Leute eine Schwächung der Opposition notwendig, und deshalb laden nun plötzlich die Kandidaten zur Betriebsratwahl in diesem Jahre in Arbeitsversammlungen aufgestellt werden. Um sich ein demokratiepolitisches Mandat anzuhängen, läßt man diese Veränderung durch den sozialdemokratischen Funktionär fürzer leitenden und beruft sich auf „Verhandlungsbeschlüsse“.

Die Opposition bleibt mit vollem Recht auf ihrer Meinung beharren, und so gab dann die Ortsverwaltung das bereits erwähnte Plakat heraus. In dem Plakat werden unsere Parteimitglieder aufgefordert, nicht die Richtlinien der Partei zu befolgen. Es spricht unumwunden aus, daß jeder, der sich der Diktatur und den Terrormaßnahmen der Bürokratie nicht fügt, aus dem Verbands ausgeschlossen wird. Wir aber können und dürfen nicht zurückweichen vor reformistischem Druck, und so handelt die Opposition bei Seidel u. Kaumann richtig, indem sie schon am nächsten Tag ein erstes Antwortplakat verteilt, in dem es heißt:

Unter den widersprüchlichsten Begründungen lehnten Teuber und Genossen die Betriebsversammlung und Vorabstimmung ab und setzen somit, daß sie gemißt sind, um jeden Preis die unliebame Opposition als Betriebsrat auszu-schließen. Diese Änderung der Durchführung der Betriebsratwahl bedeutet nichts anderes als reformistisches Vorgehen und reformistisches Vorgehen, anstatt Entscheidung der Gesamtheit und Anwendung der Arbeiterdemokratie.

Die Reformisten fürchten, daß die Niederlagenstrategen, die Freunde des Wirtschaftsterrrors und Anhänger der kapitalistischen Wirtschaftsmechanik, durch Anwendung ihrer Abschlagskuppeln, ihrer neuen Terror- und Diktaturmaßnahmen vor den Augen der Arbeiter als die Spalter der Gewerkschaft entlarvt werden. Die Opposition soll an die Wand geschrieben werden, sie darf aber nicht daran, vor reformistischem Druck zurückweichen. Wenn Teuber und Genossen die Arbeiterdemokratie in unserem Betrieb nicht anwenden, dann tragen sie die Verantwortung für die Konsequenzen, die aus ihren Diktaturmaßnahmen und Terrormaßnahmen ergeben.

Teuber die Reformisten bei S. u. R. auch weiterhin abzu-schleichen, ein Prinzip der Arbeiterdemokratie anzunehmen, dann ist es revolutionäre Pflicht, für den Klassenbewußten Teil der Arbeiterklasse eine eigene Liste aufzustellen. So nur bei S. u. R. gehen die Reformisten in hunderten anderen ähnlichen Betrieben vor. Jetzt muß es gelingen, die Terrormaßnahmen zu durchbrechen. In einigen Betrieben wird der bei S. u. R. erzielte erhebliche Betriebsratwahlkampf in den nächsten Tagen seine Fortsetzung finden. Es kommt jedoch darauf an, die entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen Reformismus und Arbeiterkampf nicht nur auf einige Betriebe zu beschränken, sondern auszuweiten auf alle Betriebe in diesem, in denen die Möglichkeit hierzu besteht.

Der Fall Seidel u. Kaumann ist kein Einzelfall, und deshalb muß die Opposition und die gesamte Arbeiterklasse die richtigen Lehren aus dem Vorgehen der Reformisten und dem Vorgehen der Opposition bei S. u. R. ziehen. Die Drohungen der Reformisten mit Ausschlußlisten zeigen, daß die Spalter der Gewerkschaft sind. Es gilt, diesen Spalter der Gewerkschaftsbanden zu legen; sich dem Willen der Gewerkschaftsbürokratie fügen würde bedeuten, auf die Organisierung der einheitlichen revolutionären Kampforganisation in den Betrieben, auf die Organisierung und Mobilisierung der Arbeiter in den Wirtschaftskämpfen und auf die Heranbildung selbständiger Führung für die kommenden Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum zu verzichten.

Die Betriebsratwahlen 1929 müssen rote Betriebsratwahlen werden! Jenes an die Arbeit, größte Aktivität der revolutionären Gewerkschaftsopposition! Kampf gegen Reformismus und Arbeiterverrat, Kampf für revolutionäre Betriebsräte! Jeder Betrieb auch in Ostpreußen ein Bollwerk des proletarischen Klassenkampfes!

Die ZNH verteilt Lebensmittel

Klaucha, 15. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) In einer von gutem Kampfsinn getragenen Versammlung der bestehenden und ausgeschiedenen Textilarbeiter wurden durch die ZNH die ersten 150 Lebensmittelpakete an besonders bedürftige Arbeiter verteilt. Heute findet eine weitere Versammlung statt, in der das Hilfswort fortgesetzt wird.

Dorpmüller friert ein!

Die anhaltende Kälte hat bei der Eisenbahn wieder einmal den Fahrplan vollständig außer Kurs gesetzt. Pünktlich abfahrende Züge gibt es nicht mehr. Sowohl der Vorort- als auch der Fernverkehr ist außerordentlich gestört. So wird uns z. B. mitgeteilt, daß der Zittauer Zug, der heute früh 6 Uhr abfahren sollte, um 11 Uhr noch dahand! Dabei verschlechtern sich die Verhältnisse bei der Reichsbahn noch ständig. Kein Mensch kann garantieren, ob morgen überhaupt noch ein Zug fährt — Dorpmüller...

Kohlenrationierung in Berlin

Berlin, 15. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Das Ostpreussische Braunkohlen-Syndikat hat mit den Kohlenhändlern Berlins beschlossen, den Kohlenverbrauch zu rationalisieren und im allgemeinen nicht mehr als fünf Zentner abzugeben. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß in den letzten Tagen große Ankäufe vorgenommen worden seien, wodurch die Kohlenknappheit sich wesentlich verstärkt habe. Der wirkliche Grund ist dagegen zweifellos der, daß die breiten Schichten der werktätigen Bevölkerung Berlins infolge der drückenden wirtschaftlichen Lage sich nur mit geringen Kohlenmengen eindecken könnten, die infolge der anhaltenden, starken Kälte schnell aufgebraucht werden und sie jetzt zwingen, neue Kohlenvorräte anzuschaffen. Eine solche Verschärfung der Kohlenversorgung Berlins wäre unmöglich, wenn die werktätigen Schichten finanziell so gesteuert wären, daß sie bereits im Herbst sich mit den notwendigen Heizmaterial für den Winter versorgen könnten. Noch schlimmer sind die mehreren hunderttausend erwerbslosen Arbeiter Berlins daran, die von der Hungerunterstützung natürlich nicht auch noch neue Kohlen beschaffen können. Diese erste soziale Seite besteht für die Bourgeoisie nicht. Die Bergwerkszeitung, das Organ der heimlich-mettelständigen Schwerindustrie, hat sogar die

Freiheit, zu behaupten, daß trotz des riesigen Erwerbslosenheeres man keine Arbeiter zum Abtransport der Breiellager erhalten könne.

Frost sprengt Brücken



Die gesprengte Wilhelm-Brücke in Breslau

Beispiellose Verbrechertampf in den Straßen von Chicago

Ill. Chicago. Ein offener Straßentkampf, wie er in der Geschichte des Chicagoer Verbrechertums noch nicht dagewesen ist, spielte sich am Donnerstag in den Straßen der Stadt ab. Zwei Automobile mit Verbrechern, die bis an die Zähne bewaffnet waren, durchzogen die Stadt und machten vor einem Lagerhaus Halt, in dem ein feindseliger Verbrecherverein eine Geheimbrennerei unterhielt. Von den Automobilen aus wurde ein wahnsinniges Maschinengewehrfeuer auf das Lagerhaus eröffnet und die Brennerei dann im Sturm genommen. Ein unerhört und wilder Kampf spielte sich sodann im Innern des Hauses ab. Den Angreifern gelang es, acht der Verbrecher aus der Brennerei zu holen und sie in ihren Automobilen zu entführen. Noch ehe die Polizei zur Stelle war, wurden sie an die Barne gestellt und kaltblütig erschossen. Der ganze Stadt bewachte sich eine riesige Panik. Polizei zu Pferde und zu Fuß sowie in Panzerautomobilen durchziehen die Straßen. An den Verbrechergegenden herrscht riesige Aufregung. Man befürchtet weitere blutige Kämpfe zwischen den heillos feindselig gestimmten Verbrechervereinen. Der Kampfplatz um die Geheimbrennerei ist völlig zerstört. Die Bewohner der Stadt sind von einer derartigen Angst befallen, daß sie sich nicht trauen, ihre Wohnungen zu verlassen...

Ein irreführender Sachverhalt

hat eine Meldung im Gewerkschaftsteil der gestrigen Nummer völlig unverständlich gemacht. Der erste Protokollteilgewerkschaftlicher Funktionäre fand in den Berliner „Deutschen Orthopädischen Werken“ statt. Daran sollte die Aufhebung angeknüpft werden; Dresden, Betriebe! Macht's an! Durch Umstellung entstand dann sächsischerweise die Wahrheit: Der erste Protokollteilgewerkschaftsteil Dresden Betriebe! Es stimmt also selber noch nicht. Deshalb gilt die Aufhebung noch wie vor: Dresdener Betriebe! Macht's an!

Das Inter-ersten Sitzung reichlich über lassen gelangme

Bei Eintritte Mittweide, eine von Erwerbslo erklärt zu habe nicht nur im W Meiner! Wir Leugnen Wille zum hoh und dabei d ter, der sich in lers gehört. J

Zu einem Dr. Kallers (D die sächsische auch an auherid heblische Mittel von einer Teil Zweite Nimmw bilbern sich pie

Nachdem w Einträge einget Parte; den B Gewährung von der wird ihm 15 Millionen K Um über die zeigen, hinweg sächsische Regier

Finanzminis der SPD-Reichs Regierung ist.

Der Deutli mit Zahlen und Weller nicht: nur

Abg. Boigt macht werde für bezogenen Kom tot! Dann liegt teilsionelle Schu

Abg. Kunz nungsplan — di wie Abbau der Hausbesitzer die bedrohter Vor

Dann prägl

nochmals die E etat. Der Stat res als Unterb ihren Unterbrü Zweifel; die K ihre Brüder in geichte ist heutz durch die brutal Zeit der intern Rußland, das i jetz, wo die R formierten die A nen mir selbstl SPD, um die SPD-Führer die SPD-Schlichter die Arbeiterfein ihren eigenen E das Zentrum H die Auffassung Jusch ist Ad n Führer in die Programm Hilt ung des Beitz SPD in den G lichen Organis das bezeichne sich mit biele i der SPD-Kollis Republik. Dok lische Rolle. I Rede trug den SPD minist Ent lertat! die Ma sie genau so wie arbeiter von H

Die Rede t Appell an die weiter mit rea Der Finanzmin Finanzminister i in rechtierger werbolsten Reip Mit dem Wach derjenigen, die teils sind so s Verbe hat der Diet zeigen sich lenen Erwerbol Herr Abg. Wolg etnug!

Für die 37 Wfenn

Zu dem ge der Sozial- w Beter, die info